

Protokoll

zur Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Feuerwehr
Sitzungs-Nr: XVII/01 OF
Sitzungstermin: am Dienstag, dem 07.02.2012, 18:04 Uhr bis 19:28 Uhr
Sitzungsort: Aula im Schulzentrum Am Spalterhals, Am Spalterhals

Anwesend sind:

Mitglieder CDU-Fraktion

- | | | |
|----|----------|-------------------------|
| 1. | Ratsherr | Höfer, Marian |
| 2. | Ratsherr | Matthiesen, Max Dr. MdL |
| 3. | Ratsfrau | Senft, Monika |

Mitglieder SPD-Fraktion

- | | | |
|----|----------|---------------------|
| 4. | Ratsherr | Gronenberg, Bernd |
| 5. | Ratsherr | Messing, Peter |
| 6. | Ratsherr | Riemer, Hagen |
| 7. | Ratsherr | Wittschurky, Thomas |

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

- | | | |
|----|----------|---------------|
| 8. | Ratsherr | Marks, Frank |
| 9. | Ratsherr | Müller, Peter |

Mitglieder FDP-Fraktion

- | | | |
|-----|----------|----------------|
| 10. | Ratsfrau | Wölki, Kerstin |
|-----|----------|----------------|

Mitglieder UWG-Fraktion

- | | | |
|-----|----------|------------|
| 11. | Ratsfrau | Runge, Eva |
|-----|----------|------------|

Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder

- | | | |
|-----|---------------------------|-----------------------|
| 12. | stellv. Stadtbrandmeister | Brandes, Werner |
| 13. | Stadtbrandmeister | Engelke, Frank-Dieter |
| 14. | Herr | Homeier, Marc |
| 15. | stellv. Stadtbrandmeister | Krause, Sascha |
| 16. | Frau | Schulz, Renate |
| 17. | Herr | Schumann, Ralf |

von der Verwaltung

- | | | |
|-----|-------------------------|---------------|
| 18. | Verwaltungsangestellter | Jülke, Edgar |
| 19. | Fachdienstleiter | Jülke, Peter |
| 20. | Erster Stadtrat | Lahmann, Marc |

es fehlten entschuldigt

- | | | |
|-----|------|-------------------|
| 21. | Herr | Bothe, Volker |
| 22. | Herr | Schönhof, Henning |

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung
2. Pflichtenbelehrung von beratenden nicht stimmberechtigten Mitgliedern
3. Einwohnerfragestunde
4. Bericht des Stadtbrandmeisters
5. Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2016
XVII/0031
6. Haushaltsentwurf 2012 (für die nichtstimmberechtigten Mitglieder sind Auszüge aus dem Teilhaushalt 01 beigefügt)
7. Mitteilungen der Verwaltung
8. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Nichtöffentliche Sitzung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung

Herr Müller stellt die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

Auf seine Anregung hin stellen sich die Ausschussmitglieder persönlich kurz vor.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die vorstehende Tagesordnung sowie die Behandlung der Tagesordnungspunkte in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung wird genehmigt.

2. Pflichtenbelehrung von beratenden nicht stimmberechtigten Mitgliedern

Herr Lahmann verpflichtet die anwesenden beratenden nicht stimmberechtigten Mitglieder per Handschlag zu Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungsverbot und Vertretungsverbot. Die Pflichten sind schriftlich zusammengefasst und werden den beratenden Mitgliedern übergeben.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Schwertner bemängelt, dass im Zuhörerraum der Ausschuss akustisch schlecht zu verstehen sei. Die Verwaltung erklärt, so Herr Müller, dass es ungewöhnlich gewesen sei, für diese Ausschusssitzung einen so großen Raum zu nutzen und sie sei deshalb darauf nicht vorbereitet gewesen.

4. Bericht des Stadtbrandmeisters

Herr Engelke bedankt sich zunächst dafür, dass in dieser Wahlperiode auch seine beiden Stellvertreter dem Ausschuss als beratende Mitglieder angehören.

Er gibt bekannt, dass demnächst eine Truppmann I-Ausbildung beginnen werde und hieran interessierte Ausschusssmitglieder willkommen seien.

Er berichtet in Anlehnung an seinen bei den Jahreshauptversammlungen der Ortsfeuerwehren vorgetragenen Jahresbericht über die Tätigkeit in 2011 (Kernaussagen), insbesondere über

- das Einsatzgeschehen mit Hinweis darauf, Lasten u.a. wg. evtl. Arbeitsplatzproblematik ausgewogen auf alle Ortsfeuerwehren zu verteilen,
- das Mitgliedergeschehen mit Hinweis auf rückläufige Zahlen Aktiver bei Zunahme der Zahl von Kindern und Jugendlichen. Es werde angestrebt, die Jugendarbeit in den Grund- bzw. Ganztagschulen vorzustellen,
- Verabschiedung der 3. Fortschreibung des Brandschutzplanes mit Hinweis auf damit verbundene Planungssicherheit,
- Übernahme des neuen Feuerwehrhauses Barsinghausen mit Hinweis auf Mehrfachnutzung durch die Zentrale Kleiderkammer, das Stadtkommando und für Stadtausbildungsmaßnahmen,
- Übergabe neuer Mannschaftstransportwagen an die Ortsfeuerwehren Egestorf und Großgoltern mit Hinweis auf erhebliche zusätzliche Eigenmittel, die die Ortsfeuerwehren für die Ausstattung der Fahrzeuge aufgebracht haben,
- Stand der Beschaffung des Löschgruppenfahrzeuges LF 20 für die Schwerpunktfeuerwehr mit Hinweis auf Einbettung in das neue Fahrzeugkonzept gem. Brandschutzplan mit dem Ziel der Einsparung eines Fahrzeuges,
- Lehrgangssituation mit Hinweis auf die Nichtgeltendmachung möglicher Verdienstaussfallforderungen durch Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr und damit die Einsparung in erheblicher Größenordnung,
- Brandeinsätze mit Hinweis auf den Ablauf der Großbrände bei der Fa. Kluth und in der Berliner Str..

Herr Müller bedankt sich im Namen des Ausschusses für die geleistete Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr.

Auf Anfrage von Herrn Wittschurky nach dem Sachstand zur Einführung des Digitalfunks antwortet Herr Engelke, dass er dazu keine konkreten Angaben machen könne.

Herr Peter Jülke weist auf die zu Beginn der Sitzung verteilte Tischvorlage hin, in der unter der Fachdienst-internen Bearbeitungsnummer 4c Aussagen enthalten seien. Ergänzend dazu teilt Herr Engelke mit, dass entscheidend zunächst die Ausbaustufe 1 sei und die Ausbaustufe 3 erst in ferner Zukunft erfolgen werde.

5. Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2016 Vorlage: XVII/0031

Den Einwohnern wird zunächst Gelegenheit zu Fragen gegeben. Es werden keine Fragen gestellt.

Herr Lahmann führt zunächst in die Thematik ein und bemerkt, dass wegen der seit langem nicht ausgeglichenen Verwaltungshaushalte die Kommunalaufsicht auf die Vorlage eines Konsolidierungskonzeptes gedrungen habe. Nunmehr seien 185 Optionen beschrieben worden mit einem Einsparvolumen ab 2016 von ca. 5,2 Mio. EUR jährlich. An dem Konzept -hinter dem die Verwaltung stehe-, so Herr Lahmann, hänge der Entschuldungsvertrag mit dem Land, der die Möglichkeit biete, dass das Land einen Teil der Kassenkredite in einer Größenordnung von ca. 12,7 Mio. EUR übernehme. Auf die für die Kassenkredite zu erbringende Zinslast bei einem noch relativ günstigem Zinsniveau weist er hin und benennt das im Haushaltsplanentwurf für 2012 im Ergebnishaushalt veranschlagte Defizit von ca. 5,5 Mio. EUR. Er benennt die Ursachen der Haushaltssituation und belegt dies anhand von Kennzahlen bezogen auf die zu geringen Gewerbesteureinnahmen im Vergleich zum Bundes- und Landesdurchschnitt. Aufgrund der den Kommunen zusätzlich vom Bund und dem Land in den letzten Jahren übertragenen Aufgaben sei, ohne einen angemessenen finanziellen Ausgleich zu erhalten, die Infrastruktur in der Stadt nicht zu finanzieren bzw. seien Haushalte nicht auszugleichen.

Herr Lahmann bedankt sich bei der Freiwilligen Feuerwehr für die konstruktiven Sparvorschläge, die er sich auch von anderen Interessengruppen gewünscht hätte.

Es schließt sich eine kurze Diskussion hinsichtlich des notwendigen finanziellen Ausgleiches für die vom Bund und dem Land den Kommunen übertragenen Aufgaben an.

Seitens der CDU-Fraktion erklärt Herr Dr. Matthiesen, dass eine Ausdünnung der Ortsfeuerwehren und eine Umwandlung von einer Stützpunktfeuerwehr in eine Ortsfeuerwehr mit Grundausstattung abgelehnt werde. Er weist auf die weiteren Beratungsabläufe hin.

Bezug nehmend auf den Vorschlag der Einführung einer Feuerwehr-Umlage (FD-interne Bearbeitungsnummer 16a) bittet Frau Wölki um Mitteilung, ob die Umlage rechtlich möglich sei. Herr Lahmann erwidert, dass nach einer Mitteilung des Niedersächsischen Innenministeriums die Umlage derzeit in Niedersachsen rechtlich unzulässig sei.

Herr Peter Jülke ergänzt die Ausführungen Herrn Lahmanns dahingehend, dass die früher in Süddeutschland erhobenen Feuerwehr-Umlagen/Steuern mittlerweile für verfassungswidrig erklärt worden seien.

Er erläutert den Arbeitsablauf der bisher aus der Bevölkerung eingegangenen Stellungnahmen zu den im Internet eingestellten Konsolidierungsvorschlägen und bemerkt zu den Vorschlägen der Erhöhung der Gebühren für Feuerwehreinsätze (FD-interne Bearbeitungsnummern 7 – 10), dass Gerichtsurteile die Kalkulationsgrundlage der bisherigen Gebühren infrage stellten und deswegen Kommunen auf Regionesebene eine Arbeitsgruppe gebildet hätten, die verlässliche Kalkulationsgrundlagen erarbeiten sollen. Er gehe von geringeren Gebührensätzen aus. Zu den Konsolidierungsvorschlägen der Freiwilligen Feuerwehr weist er auf die Stellungnahme der Verwaltung dazu hin (FD-interne Bearbeitungsnummern 17a-17f) und ergänzt sie mit kurzen Ausführungen.

Zu der FD-internen Bearbeitungsnummer 17f (Anpassung an den tatsächlichen Bedarf bei Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeit) bemerkt Herr Wittschurky, dass eine Folge der Reduzierung nicht zu Lasten von Ausbildung und Ausstattung führen dürfe. Er begrüßt ebenfalls seitens der SPD-Fraktion die von der Freiwilligen Feuerwehr vorgetragenen Konsolidierungsvorschläge (wörtlich: „Während andere Sportfunktionäre sich noch von den Strapazen der Sportler-Demo erholt haben, sind Sie in den nächsten Einsatz gegangen“.). Er weist auf noch weiteren Beratungsbedarf hin. Herr Messing ergänzt die Ausführungen Herrn Wittschurkys dahingehend, dass seitens der SPD-Fraktion ein Kompromiss angestrebt werde, der die Einsatzbereitschaft und –motivation nicht einschränken werde.

Der Stadtbrandmeister erläutert zunächst die von der Freiwilligen Feuerwehr vorgeschlagenen alternativen Kürzungsvorschläge (FD-interne Bearbeitungsnummern):

zu 17a:

Eine Zusammenlegung mit einem anderen Fachausschuss werde von ihm für möglich erachtet.

zu 17b:

Eine Übernahme von Sachbearbeitertätigkeiten nicht nur bei der Organisation/Abwicklung von Untersuchungen für Atemschutzgeräteträger werde von ihm für möglich erachtet. Bereits durch die Einführung der Budgetierung seien erhebliche Verwaltungsarbeiten übernommen worden.

zu 17c:

Einsparmöglichkeiten sehe er dennoch durch eine weitere Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehr und damit ggf. verbundenen Verzicht auf Arbeitstiefe.

zu 17d:

Er nehme hier Bezug auf entsprechende Handhabungen an anderer Stelle bei den Konsolidierungsvorschlägen in Größenordnungen von 787.000 EUR und bemerkt, dass dies auch im Bereich Brandschutz in einer Größenordnung von 40.000 EUR möglich sein müsse, zumal die Mittel im Finanzhaushalt auch benötigt würden.

zu 17e:

Die Ausgabehaushaltsstelle sei nicht mehr erforderlich, da die Freiwillige Feuerwehr Unterhaltungsarbeiten an den Feuerlöscheinrichtungen in Eigenarbeit vornehme.

zu 17f:

Die Jahresergebnisse der letzten 5 Jahre würden eine durchschnittliche Ausgabe von jährlich 65.000,00 EUR belegen, so dass gegenüber dem bisherigen Ansatz eine Reduzierung um 11.000,00 EUR angebracht sei.

Er betont, dass sich die Gesamtsumme der von der Freiwilligen Feuerwehr vorgeschlagenen alternativen Kürzungsvorschläge einschl. Übernahme Bewirtschaftung Grundstücke/Gebäude auf insgesamt 93.000,00 EUR belaufe und lehnt die von der Verwaltung vorgebrachten weiteren Konsolidierungsvorschläge ab. Er weist darauf hin, dass andere Fachdienste die ihnen obliegenden Konsolidierungsvorgaben nicht eingehalten hätten. Des Weiteren kritisiert er die von einigen Ratsmitgliedern getätigten Aussagen, dass die vorgebrachten Einsparvorschläge der Freiwilligen Feuerwehr nicht den Bereich Feuerwehr betreffen würden, sondern andere Bereiche bzw. Fachdienste. Er betont, dass alle Einsparvorschläge der Freiwilligen Feuerwehr auch den Bereich Brandschutz betreffen, da sie dem Bereich Brandschutz im Haushalt zugeordnet seien.

Der Stadtbrandmeister geht auf einige von den Bürgern vorgeschlagene Konsolidierungsvorschläge ein und weist insbesondere den Vorschlag zurück, dass die Freiwillige Feuerwehr Leistungen des Bauhofes übernehmen solle, da dies keine Aufgabe nach dem Niedersächsischen Brandschutzgesetz sei.

Bezüglich des Vorschlages „Wegfall der Auskehrung der Zuschüsse für Sondereinsätze“ bemerkt er, dass als Ausgleich dafür eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge nicht erfolgen werde. Mitgliedsbeiträge seien freiwillige Beiträge, die nicht zur Finanzierung von Aufgaben nach dem Brandschutzgesetz gedacht seien, sondern nur für kameradschaftspflegerische Maßnahmen. Er weist allerdings darauf hin, dass auch aus den Mitgliedsbeiträgen und mit den Beträgen aus der Auskehrung der Zuschüsse für kostenpflichtige Einsätze Ausrüstungs- und Gerätebeschaffungen finanziert werden.

Auf seinen Hinweis zu den deutlich gestiegenen Personalausgaben im Haushaltsplanentwurf 2012 gegenüber dem Ansatz von 2010 erwidert Herr Lahmann, dass in dem Betrag nunmehr Pensionsrückstellungen enthalten seien.

Der Stadtbrandmeister gibt zu den weiteren Stellungnahmen der Verwaltung folgende Ausführungen:

zu 4b:

Durch die Erbringung der beschriebenen Leistungen seien Einsparungen für die Stadt zu verzeichnen.

zu 4d:

Die Freiwillige Feuerwehr sei bereit, Einsparungen in der Größenordnung von 50.000,00 EUR zu erbringen und er weist auf die bereits vor einigen Jahren angebotene Bereitschaft hin, diesen Bereich ebenfalls in das Feuerwehr-Budget zu übernehmen. Voraussetzung sei eine konkrete Kostendarlegung. Die bisher dargestellten Haushaltsansätze auch der letzten Jahre seien willkürlich gegriffen und er verweist auf unterschiedliche Haushaltsansätze.

zu 15a:

Nach seiner Auffassung sei ebenfalls damit zu rechnen, dass bei Wegfall der Auskehrung der Zuschüsse für Sondereinsätze künftig vermehrt Ansprüche auf Verdienstausschluss erhoben würden, mit der Folge, die Gelder der Freiwilligen Feuerwehr als Spende zukommen zu lassen.

zu 15b:

Er widerspricht der Auffassung der Verwaltung, dass bei Doppelmitgliedschaften evtl. Personal doppelt abgerechnet werden könnte. Das eingesetzte Personal werde in den Einsatzbereichen den Fahrzeugen zugeordnet.

zu 16b:

Nach seinen Berechnungen belaufen sich die Gesamtkosten je Einwohner auf 19,20 EUR. Bei seinen Berechnungen habe er entgegen der Handhabung der Verwaltung die erzielten Einnahmen einbezogen.

Abschließend betont er, dass die Freiwillige Feuerwehr bereit sei, einzusparen und bittet die Politik ihre endgültige Auffassung zu den Konsolidierungsvorschlägen vor Entscheidung im Rat der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

6. Haushaltsentwurf 2012 (für die nichtstimmberechtigten Mitglieder sind Auszüge aus dem Teilhaushalt 01 beigefügt)

Den Einwohnern wird zunächst Gelegenheit zu Fragen gegeben. Es werden keine Fragen gestellt.

Der Ausschuss nimmt den Haushaltsentwurf zur Kenntnis.

7. Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung liegen nicht vor.

8. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Den Einwohnern wird zunächst Gelegenheit zu Fragen gegeben.

Herr Schwertner nimmt Bezug auf seinen Hinweis in der Einwohnerfragestunde und teilt mit, dass die Freiwillige Feuerwehr in zukünftigen Fällen bereit sei, entsprechende Lautsprecheranlagen zur Verfügung zu stellen.

Nichtöffentliche Sitzung:

Die Sitzung wird um 19:28 Uhr geschlossen.

Peter Müller
Vorsitz

Marc Lahmann
Verwaltungsvorstand

Edgar Jülke
Protokollführung